

Beilage 1421/2008 zum kurzschriftlichen Bericht des Öö. Landtags, XXVI. Gesetzgebungsperiode

Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend eine Novelle des Ökostromgesetzes

Gemäß § 26 Abs. 6 LGO wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Öö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass über eine grundsätzliche Reform des Ökostromgesetzes möglichst rasch Verhandlungen unter Beiziehung von Ländervertretern und Interessenverbänden aufgenommen werden, damit im heurigen Jahr eine zukunftsweisende Neuregelung wirksam werden kann. Die neue Österreichische Ökostromregelung sollte sich in ihren tragenden Prinzipien an den mittlerweile auch in der Praxis bewährten deutschen Regelungen im "Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien" orientieren. Wesentliche Punkte dieser mittlerweile von über 50 Ländern übernommenen Ökostromregelungen sind:

- langfristige Tarifgarantie für die Betreiber von Ökostromanlagen (20 Jahre)
- jährlich degressive Tarife für neue Anlagen, um die Technologie bis zum Jahr 2020 an die Marktreife heranzuführen
- Deckelung der Kostenbelastung für besonders energieintensive Betriebe im Rahmen des festzulegenden Aufbringungs- und Tarifsystems
- genau festgelegte Effizienzkriterien für die Umsetzung der einzelnen Projekte.

Begründung:

Als eines der wesentlichen Ergebnisse des Klimaschutzgipfels der Bundesregierung wurde die Überarbeitung der bestehenden Ökostromregelung angekündigt. Der vom Wirtschaftsministerium im Dezember 2007 in Begutachtung geschickte Entwurf einer Ökostromgesetzesnovelle lässt keine nachhaltige Ökostromentwicklung erwarten. Das Land Oberösterreich hat aus diesem Grund auch eine klar ablehnende Stellungnahme im Begutachtungsverfahren abgegeben.

Bereits seit Vorliegen des jüngsten UN-Weltklimaberichtes ist unbestritten, dass es spätestens im Jahre 2020 weltweit zu einer Trendumkehr und zu einem Sinken der Kohlendioxid-Emissionen kommen muss, wenn wir die drohende globale Erwärmung und die daran knüpfenden katastrophalen Auswirkungen noch begrenzen wollen.

Österreichs Emissionen an Treibhausgasen lagen im Jahr 2005 um 24,5 Millionen Tonnen über dem Kyoto-Ziel. Die österreichische Treibhausgasbilanz ergibt derzeit anstelle einer Reduktion um 13 % ein Plus von 18 % auf Basis der Treibhausgasemissionen des Jahres 1990. Von 1997 bis 2005 ist auch der Anteil des Stromaufkommens aus erneuerbarer

Energie in Österreich gesunken.

Als Baustein einer aktiven Klimaschutzpolitik hat das Land Oberösterreich bereits mehrfach den Ausbau von Ökostromanlagen mit einem nachhaltig wirksamen Ökostromgesetz eingefordert. Diese Forderung deckt sich mit der neuen Ökostromrichtlinie der EU, der zufolge Österreich seinen Anteil an erneuerbarer Energie in der Stromerzeugung auf über 78 % bis 2010 steigern muss. Gleichzeitig wurde im Programm der neuen Bundesregierung das Ziel den Anteil erneuerbarer Energie auf 80 % bis 2010 und 85 % bis zum Jahr 2020 anzuheben.

Mit dem derzeit gültigen Ökostromgesetz ist aufgrund des abnehmenden Fördervolumens dieses Ziel nicht zu schaffen, weshalb beim Österreichischen Klimaschutzgipfel am 16. April 2007 konsequenterweise eine Reform des Ökostromgesetzes fixiert wurde.

Seit fast 6 Jahren bewährt sich in Deutschland das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien. Viele Länder haben in der Zwischenzeit die Eckpfeiler dieses Gesetzes übernommen. Auch für Österreichs Ökowiirtschaft brächte die Verankerung berechenbarer Rahmenbedingungen bei degressiven Förderhöhen und einer Deckelung der Belastungsspitzen für die Industrie international vergleichbare Wettbewerbsbedingungen.

Linz, am 29. Jänner 2008

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)

Schwarz, Eisenriegler, Wageneder, Hirz, Trübswasser

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Strugl, Jachs, Bernhofer, Aichinger, Baier, Pühringer, Hingsamer, Orthner, Stanek, Ecker, Weinberger, Mayr, Hüttmayr, Brunner, Brandmayr, Schürerer, Schillhuber, Frauscher, Lackner-Strauss, Steinkogler, Eisenrauch, Stelzer, Weixelbaumer, Kiesel, Entholzer

(Anm.: SPÖ-Fraktion)

Frais, Mühlböck, Eidenberger, Schreiberhuber, Jahn, Makor-Winkelbauer, Lischka, Schenner, Lindinger, Schmidt, Pilsner, Affenzeller, Kapeller, Röper-Kelmayr, Weichsler, Chansri, Bauer, Kraler